



Peter Beule (Hrsg.)

Im Zentrum der Demokratie.
Zur Geschichte und politischen Arbeit
der SPD-Bundestagsfraktion
(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und
der politischen Parteien, Bd. 190)

Droste Verlag | Düsseldorf 2024
656 Seiten, Paperback | 68,00 €
ISBN 978-3-7700-5362-9

rezensiert von

Frank Decker, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Nach ihrem historisch schlechtesten Wahlergebnis seit 1887 (!) wird die SPD-Fraktion im 21. Deutschen Bundestag aus gerade mal 120 Mitgliedern bestehen – über so wenig Abgeordnete im Parlament verfügte die Partei zuletzt im März 1933 kurz nach der Machtübernahme der NSDAP. Die geschrumpfte Größe steht jedoch heute in deutlichem Kontrast zum politischen Einfluss, den die Fraktion als Teil der regierenden Mehrheit wohl auch künftig ausüben kann und wird. Vom schwarz-gelben Intermezzo zwischen 2009 und 2013 nur für eine Wahlperiode unterbrochen, ist die SPD seit 1998 an allen Bundesregierungen beteiligt gewesen, die meiste Zeit – wie auch jetzt wieder – als Juniorpartner der CDU/CSU und nur in zehneinhalb Jahren (unter der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders und der Ampelregierung von Olaf Scholz) als Kanzlerpartei.

Die Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems bedingt, dass sich das politische Gewicht der Parlamentsfraktionen in Regierungszeiten stärker entfalten kann als in der Oppositionsrolle – was der frühere Partei- und Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering einst pointiert auf den Punkt zu bringen wusste (»Opposition ist Mist«). Sein Ausspruch stellt die Antithese zu der nicht weniger bekannten Devise dar, die der erste Partei- und Fraktionsvorsitzende nach dem Zweiten Weltkrieg, Kurt Schumacher, schon 1949 zu Beginn der ersten Legislaturperiode des Bundestags geprägt hatte. Für ihn lag die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten nach der verlorenen Bundestagswahl darin, »an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung (...), den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen« (zit. nach S. 18).

Das Verständnis einer konstruktiven Opposition sollte die SPD fortan stets beherzigen. Durch die Zwänge der föderativen Mitregierung ist es im deutschen »Parteienbundesstaat« ohnehin vorgezeichnet – und zwar nicht nur dann, wenn die Opposition, wie es bei SPD und Grünen in der Endphase der Regierung Kohl (1997 und 1998) der Fall war, im Bundesrat über eine eigene Mehrheit verfügt. Gerade in einer solchen Konstellation zeigt sich, wie Kooperations- und

Konfrontationslogik im Verhältnis von Regierungsmehrheit und Opposition ineinandergreifen. Denn nutzt die Opposition ihre Macht in der Länderkammer, um die Regierung zu blockieren oder zu handfesten Zugeständnissen zu zwingen, erhofft sie sich dabei vermutlich auch einen Vorteil unter Wettbewerbsgesichtspunkten.

In Regierungszeiten bilden die Regierung und die sie tragenden Mehrheitsfraktionen einen politischen Handlungsverbund, in welchem sich die Mitwirkung der letzteren an der Regierungstätigkeit eher diskret entfaltet, also nicht unmittelbar greifbar ist. Auch hier ist ein Ausspruch eines SPD-Fraktionsvorsitzenden legendär geworden, nämlich der, wonach »kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es hereingekommen ist.«¹ Dass Peter Struck, der das Amt zweimal (von 1998 bis 2002 und von 2005 bis 2009) bekleidete, diese an sich banale Feststellung öffentlichkeitswirksam mit seinem eigenen Namen verbinden konnte (»Strucksches Gesetz«), so als ob die Mitregierungsfunktion des Bundestages von ihm selbst erfunden worden sei, ist bemerkenswert. Den Respekt vor der eigenen Fraktion hatte schon der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem berühmt gewordenen Diktum zum Ausdruck gebracht: »Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Faktion muss.«² Das sollte sich bei allen seinen Nachfolgern halten.

Sowohl auf der Regierungs- als auch auf der Oppositionsseite hat die Politikwissenschaft die Rolle der Parlamentsfraktionen im deutschen Regierungssystem gebührend berücksichtigt. Die Arbeiten, die über die Jahrzehnte hinweg hierzu erschienen sind, stehen im augenfälligen Gegensatz zu dem geringen Interesse, das die Zeitgeschichtsforschung dem Sujet bisher entgegengebracht hat. Für die CDU/CSU konnte die Lücke durch einen vor 15 Jahren erschienenen Band, der sich allerdings auf einen ereignisgeschichtlichen Zugang verengt, zumindest etwas geschlossen werden.³ Umso begrüßenswerter ist, dass mit dem von Peter Beule herausgegebenen Band jetzt nicht nur ein vergleichbares Werk für die SPD-Fraktion vorliegt, sondern dieses in seinem Forschungsansatz und -interesse wesentlich breiter und umfassender angelegt ist, indem es drei Ebenen miteinander verknüpft: die Geschichte des Parlamentarismus, die Parteigeschichte der SPD und die »Zeitgeschichte der Demokratie«, wie es der Herausgeber einleitend formuliert (S. 22).

Die 20 Beiträge des Bandes verteilen sich auf fünf Kapitel. Im ersten Kapitel wird die Vorgeschichte der Bundestagsfraktion im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Exilzeit behandelt. Das zweite Kapitel nimmt Strukturen und Arbeitsweise der Fraktion sowie das Sozialprofil der Abgeordneten in den Blick. Das kürzer gehaltene dritte Kapitel beleuchtet die Wahlkreisarbeit der Abgeordneten sowie die fraktionsinterne Kommunikation. In Kapitel vier werden Akteure bzw. Akteursgruppen untersucht, wobei gleich zwei Beiträge den Frauen gewidmet sind. Das abschließende, mit sechs Beiträgen umfangreichste Kapitel wendet sich schließlich der Bearbeitung zentraler Politikfelder zu (Wehrverfassung, NS-Vergangenheit, Steuer- und Haushaltspolitik, Nachrüstungskonflikt, Umweltpolitik, Sozialpolitik).

Die breite Anlage des Bandes spiegelt sich darin, dass etwa ein Drittel der Beiträge von Politikwissenschaftler:innen verfasst sind. Auch die Beiträge, die von Historiker:innen beigelegt wurden, stellen überwiegend Querschnittsanalysen dar, die bestimmte Fragestellungen und Themen in chronologischer Form adressieren. Der Nachteil dieser Konzeption liegt darin, dass sie keine geschlossene Gesamt- und Überblicksdarstellung der Geschichte der Fraktion mitliefert – anders als der stärker ereignisgeschichtlich angelegte Band von Schwarz zur Unionsfraktion, der sich allerdings auf die Zeit nach 1949 beschränken konnte. Nur in der Vorgeschichte werden die verschiedenen Epochen und Phasen angemessen abgebildet. In der Geschichte nach 1949 wird dagegen einzig die 14-jährige Amtszeit Herbert

¹ Zit. nach *Norbert Bicher*, Das Strucksche Gesetz. Wie der Begriff entstand und was er bedeutet, in: *Vorwärts*, 23.7.2024.

² Zit. nach *Eugen Gerstenmaier*, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1981, S. 403.

³ *Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009.

Wehner eingehender beleuchtet. Hier hätte man sich analoge Darstellungen für die Oppositionszeit der 1950er- und 1960er-Jahre (unter Schumacher, Erich Ollenhauer und Fritz Erler) sowie für die 1980er- und 1990er-Jahre gewünscht, als Hans-Jochen Vogel, Hans-Ulrich Klose und Rudolf Scharping die Fraktion führten.

Noch schmerzlicher ist – gerade aus der heutigen Sicht – das Fehlen eines geschichtlichen Überblicks für die ab 1998 folgende Regierungszeit. Hier wäre vor allem ein gesonderter Blick auf die drei Großen Koalitionen (2005 bis 2009, 2013 bis 2017 und 2018 bis 2021) lohnend gewesen, in denen sich die SPD in der undankbaren Rolle des Juniorpartners befand. Dabei hätte sich auch ein Vergleich zur ersten Großen Koalition (1966 bis 1969) angeboten, deren unbestrittene Leistungen maßgeblich auf das Agieren und vertrauensvolle Verhältnis der beiden Fraktionsvorsitzenden – Helmut Schmidt und Rainer Barzel – zurückzuführen waren. Unter den Großen Koalitionen der Merkel-Ära kommt dem am ehesten die erste Periode (von 2005 und 2009) nahe, als Peter Struck und Volker Kauder eine ähnlich gute Arbeitsbeziehung entwickelten.

Der sorgsam edierte Band bestätigt einmal mehr, dass die Geschichtswissenschaft gut daran tut, die Parteien-, Parlaments- und Demokratieforschung nicht allein den Politologen zu überlassen. Die letztgenannten sollten dies als Herausforderung und Anreiz begreifen, die von Uwe Jun (S. 150) vermissten vertiefenden Studien zur Rekrutierung, Organisationsstruktur und Arbeitsweise der Fraktion(en), ihrem Verhältnis zur außerparlamentarischen Parteiorganisation, ihren Kommunikationsstrategien und ihrer Arbeit in einzelnen Politikfeldern in Angriff zu nehmen.

Zitierempfehlung

Frank Decker, Rezension zu: Peter Beule (Hrsg.), Im Zentrum der Demokratie. Zur Geschichte und politischen Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion, Droste Verlag, Düsseldorf 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82070.pdf>> [14.4.2025].